

Lieferengpässe bei Arzneimitteln bekämpfen Anbau von Medizinalhanf als Modellprojekt ermöglichen

Die Stadtversammlung möge beschließen:

- 1 Die Stadt München soll ein Modellprojekt für die Produktion und Abgabe von medizinischem
- 2 Cannabis in München durchführen.
- 3 Die Stadt München wird zudem beauftragt, eine öffentliche Fachkonferenz zum Thema
- 4 „Versorgungssicherheit bei Cannabis als Medizin auf kommunaler Ebene“ unter Beteiligung
- 5 aller relevanten Akteur/innen wie Expert/innen zu Cannabis als Medizin und medizinischem
- 6 Cannabisanbau, den Trägern der Drogen- und Suchthilfe, fachlich versierten
- 7 Patientenvertreter/innen und den Fachpolitiker/innen der Ratsfraktionen durchzuführen.
- 8 Ergebnis der Fachkonferenz soll die Entwicklung einer kommunalen Handlungsstrategie zur
- 9 Versorgungssicherheit von Cannabispatient/innen sein einschließlich der Entwicklung eines
- 10 Antrags auf ein kommunales Anbauprojekt für Cannabis als Medizin.
- 11 Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, insbesondere auf Ebene der kommunalen
- 12 Spitzenverbände die zukünftige Entwicklung und Bestrebungen zur Entkriminalisierung des
- 13 medizinischen Cannabiskonsums von Selbstversorger/innen aktiv zu begleiten und hieraus
- 14 weitere Konsequenzen für München abzuleiten.

Begründung

Bundesweit leiden selbst schwerkranke Patienten unter erheblichen Lieferengpässen Ihrer Arzneimittel, die teils monatelang nicht verfügbar sind. Da der Produktionsbeginn in Deutschland sich mindestens auf das Jahr 2020 verschoben hat, kann der Bedarf bis dahin nicht aus heimischer Produktion gedeckt werden. Um den Bedarf in Deutschland abzudecken ist die zuletzt geplante Anbaumenge zudem nicht ausreichend. Lieferungen erfolgen einzig aus Kanada und den Niederlanden. Aus rechtlichen Gründen droht Kanada ab dem 01.07.2018 als Lieferant komplett auszufallen.

Aufgrund der bereits jetzt bestehenden Versorgungsengpässe müssen sich viele Patienten auf dem Schwarzmarkt versorgen. Dort droht ihnen nicht nur die Strafverfolgung, sondern auch gesundheitliche Gefährdung aufgrund fehlender Qualitätskontrolle, Beimengung von Streckmitteln oder synthetischen Drogen sowie fehlender Informationen bezüglich des Wirkstoffgehalts.

Selbst wenn Kanada nicht als Lieferant ausfallen würde – was sehr zu begrüßen wäre – ist dieses Projekt notwendig, um die Versorgungssicherheit der Patienten in München sicherzustellen, da die bundes- und weltweit steigende Nachfrage für Cannabis als Medizin von Kanada und den Niederlanden alleine auf absehbare Zeit nicht abgedeckt werden kann.

Dieser Antrag wird gestellt vom
Ortsverband München-Nord